

Rede von Adolf Schärf über das Forderungsprogramm (Wien, 6. Mai 1947)

Quelle: Österreichs Appell an die Welt, Reden von Adolf Schärf, Julius Deutsch, Paul Speiser. 2 éd. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1947.

Urheberrecht: (c) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_adolf_scharf_uber_das_forderungsprogramm_wien_6_mai_1947-de-4db4b741-4357-49d8-a00f-d8445264cdfe.html

Publication date: 20/10/2012

Rede von Adolf Schärf über das Forderungsprogramm (Wien, 6. Mai 1947)

Die Frühjahrstagung des Nationalrates, die morgen beginnen wird, steht im Zeichen einer tiefen Enttäuschung über den Ausgang der Verhandlungen in Moskau. Unsere Partei — und ich glaube auch jeder von uns, der über die Staatsvertragsverhandlungen in Moskau öffentlich gesprochen hat — hat es stets vermieden, unbegründete Hoffnungen und Erwartungen zu erwecken, in Schönfärberei zu machen, so wie es etwa die Volkspartei getan hat. Der Parteitag der Volkspartei war überhaupt mit dem Blick auf die Moskauer Verhandlungen gestellt und das Datum war anscheinend so gewählt, daß der Höhepunkt des Parteitages die Verkündigung sein sollte, die Volkspartei oder, wenn man es so nehmen will, die Regierung, habe Österreich den Staatsvertrag und damit die Befreiung gebracht. Sie erinnern sich ja an die Plakate mit dem Versprechen, ein freies Österreich zu bringen, und die entsprechenden Ergänzungstreifen waren schon sozusagen bereit. Am 20. April während des Parteitages, als es noch schien, es käme der Staatsvertrag doch zustande, hat Dr. Figl hochtrabend das Verdienst an dem Zustandekommen des Staatsvertrages für seine Partei in Anspruch genommen, denn, sagte er, „gerade wir tragen in dieser Beziehung die Verantwortung im besonderen, weil zwei Vertreter der österreichischen Regierung in Moskau, Außenminister Dr. Gruber und Wirtschaftsminister Dr. Krauland, Mitglieder der Österreichischen Volkspartei sind“.

Aber der Parteitag hat, wie wir alle wissen, in dieser Hinsicht wie auch sonst mit einer bemerkenswerten Enttäuschung geendet und man las dann in der Zeitung ganz anderes über die Verantwortung für Moskau und den Staatsvertrag.

Vorige Woche, am 3. Mai, erfuhr die Öffentlichkeit im Gegensatz zu einer Woche vorher, aus dem Munde des Bundeskanzlers die Neuigkeit: „Ich möchte vorwegnehmen, daß der Weg, den Minister Dr. Gruber und Minister Dr. Krauland in Moskau eingeschlagen haben, von der Bundesregierung im Einvernehmen mit allen drei Parteien vorgezeichnet war, daß nicht bloß eine Partei in Moskau verhandelt hat, sondern daß es alle drei österreichischen Parteien waren, die unseren Vertretern die Marschroute gaben.“ Nach dem Mißerfolg war es also auf einmal die Sache aller drei.

Warum sind die Verhandlungen in Moskau gescheitert? Von den wichtigeren Fragen, die im Staatsvertrag gelöst werden sollen, ist in der Hauptsache über vier eine Einigung nicht zustande gekommen, nämlich über die Grenzen Kärntens, über die Wiedergutmachungsforderungen Jugoslawiens gegen Österreich und über die Entschädigung, die die westlichen Alliierten für jene ihrer Staatsangehörigen fordern, die während des Krieges in Österreich einen Schaden erlitten haben.

Nach Ende der Konferenz nahm aber jedermann an, daß über diese drei Punkte jederzeit leicht ein für Österreich befriedigendes Einverständnis zustande gekommen wäre und noch zustande kommen könnte, wenn in der vierten Sache, in der Hauptsache, eine Einigung erzielt würde. Und diese Hauptsache ist **das sogenannte deutsche Eigentum in Österreich**.

Sie alle wissen: Nach der Niederwerfung Deutschlands haben sich die Großmächte im Sommer 1945 in Potsdam darauf geeinigt, daß Österreich keine Reparationen zu bezahlen hat, daß aber die sogenannten deutschen Guthaben in Österreich zur Wiedergutmachung heranzuziehen sind, und zwar folgendermaßen: In der östlichen Zone zugunsten Rußlands, in den drei übrigen Zonen zugunsten aller übrigen Alliierten, aber nicht etwa so, daß das, was in der amerikanischen Zone ist, allein den Amerikanern gehörte, was in der französischen Zone ist, den Franzosen, sondern alle drei übrigen Zonen bilden eine Einheit, einen einzigen Topf, aus dem die drei westlichen Mächte schöpfen sollen.

Sie sehen daraus: Die deutschen Guthaben in Österreich gehen — was nicht übersehen werden darf — alle vier Alliierten an. Sie sind nicht Sache einer einzigen Macht, weil alle vier verbündeten Mächte aus dem Potsdamer Abkommen Ansprüche ableiten. Nun ist in dem Potsdamer Abkommen nicht deutlich umschrieben worden, was als deutsches Guthaben im Ausland, also auch in Österreich, anzusehen ist, und es ist dort auch darüber nichts gesagt worden, wer darüber entscheidet, ob irgendein Gegenstand als deutsches Guthaben anzusehen ist oder nicht, ob es also jedem der Besatzungsstaaten freisteht, einfach etwas als deutsches Guthaben zu erklären, ohne daß es dies wäre. Und es ist vor allem im Potsdamer Abkommen auch nichts darüber gesagt worden, in welcher Art und Weise sich der Übergang des Eigentums an die neuen

Eigentümer zu vollziehen hat.

In der östlichen Zone haben die Russen 209 Betriebe, auf die sie nach ihrer Auffassung Anspruch haben, besetzt und führen diese Betriebe heute ganz nach ihren Wünschen, ohne vorläufig anzuerkennen, daß die Erzeugnisse dieser Betriebe, in denen zum Teil österreichisches Rohmaterial von österreichischen Arbeitern verarbeitet wird, ebenso wie die Erzeugnisse anderer Betriebe in Österreich der Bewirtschaftung durch die österreichischen Behörden unterliegen. Die russischen Besatzungsbehörden stehen vorläufig auf dem Standpunkt, daß sie allein darüber zu entscheiden haben, was mit der Produktion dieser Betriebe zu geschehen hat. Ein Teil davon, das gebe ich zu, wird in den österreichischen Verbrauch gelenkt. Am 6. Juli 1946 hat der russische Hochkommissar, General Kurassow, in der Form eines militärischen Befehls die Durchführungsbestimmungen zu jenen Punkten des Potsdamer Abkommens erlassen, die das deutsche Eigentum in Österreich betreffen; er hat darin von der österreichischen Regierung die Respektierung seiner Anordnungen gefordert. Aber nach dem für Österreich geltenden Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 ist die Verfügung über deutsches Eigentum gemäß den bestehenden Vereinbarungen zwischen den Alliierten eine Angelegenheit, die nicht von Österreich allein mit der betreffenden Besatzungsmacht geregelt werden kann, sondern die Entscheidung darüber steht der Alliierten Kommission in Österreich zu.

Wir sind daher in einer außerordentlich peinlichen Lage: Der russische Hochkommissar ordnet für uns etwas an und verlangt von der Regierung die Respektierung. Die übrigen drei Mächte stehen auf dem Standpunkt, er sei dazu nicht berechtigt, sondern sie, nämlich alle vier zusammen, hätten die Zustimmung zu geben. So stehen wir vor der Tatsache, daß die Russen, wie die anderen behaupten, unter Außerachtlassung der Bestimmungen des Kontrollabkommens Verfügungen treffen, die von den anderen als nicht ordnungsmäßig anerkannt werden. Die österreichische Regierung aber steht dem machtlos gegenüber.

Nun ist uns durch das Kontrollabkommen von den alliierten Mächten die Austragung dieser Dinge in zweiseitigen Verhandlungen mit einer Macht nicht gestattet; wir könnten daher zweiseitige Verhandlungen nicht allein abschließen.

Wir sehen also: die endgültige Austragung aller Fragen des Staatsvertrages und des deutschen Eigentums drängt nach einer Lösung, und diese Lösung konnte bisher, nach Ablauf von ungefähr anderthalb Jahren, für Österreich nicht gefunden werden. Es bleibt nichts anderes übrig, als diese Frage im Staatsvertrag zu lösen.

Worin liegen nun die Schwierigkeiten? Das Potsdamer Übereinkommen ist eine Vereinbarung der vier Großmächte über die Behandlung Deutschlands.

Eine solche politische Vereinbarung, beziehungsweise ein solcher Vertrag über die Teilung — sagen wir — des Felles des erlegten Bären ist als solcher noch nicht Bestandteil des internationalen Rechtes. Diese Vereinbarung würde erst Recht werden und ihre Verwirklichung finden durch den Einbau der entsprechenden Bestimmungen in die Verträge über Deutschland, mit Österreich, mit Italien und mit den sogenannten Satellitenstaaten, die an der Seite Deutschlands gekämpft haben. Die Russen allerdings stehen auf dem Standpunkt, das Potsdamer Abkommen und seine Bestimmungen seien schon jetzt bindendes internationales Recht oder, wie sie immer sagen: Gesetz. Meines Wissens hat kein Staat von den vier Großmächten — von Rußland könnte ich das nicht sagen, sondern nur von den drei anderen — das Potsdamer Abkommen irgendwie in seinem Parlament oder sonst von der entsprechenden Körperschaft behandeln und beschließen lassen. Es ist also das Potsdamer Abkommen nach den Begriffen des Völkerrechtes in Wirklichkeit noch nicht Recht oder Gesetz geworden, sondern es ist nur ein Programm oder wie in Moskau der amerikanische Außenminister sagte: Es ist eine grundlegende Erklärung, für die jetzt eine einvernehmliche Auslegung geschaffen werden muß.

Auf die Auslegung kommt es also an. Was ist als deutsches Eigentum in Österreich anzusehen? Wir alle wissen, daß in der Zeit nach dem Anschluß mit List und Gewalt österreichischer Besitz in deutsches Eigentum übergeführt worden und daß dadurch nach dem Anschluß eine außerordentlich starke Überfremdung der österreichischen Wirtschaft eingetreten ist. Nun haben die alliierten Mächte schon während des Krieges in der Londoner Deklaration festgelegt, daß sie in den von dem Deutschen Reich überrannten Ländern Vermögensverschiebungen als null und nichtig betrachten werden, die mit List oder

Gewalt zur Durchdringung der Wirtschaft im Sinne der deutschen Machterweiterung durchgeführt wurden.

Wenn dieser Grundsatz für Österreich gilt — und nach allen Versicherungen muß er für Österreich gelten —, dann ist die Zahl der deutschen Unternehmungen und Vermögensschaften in Österreich, die als Reparationsgut in Betracht kommen, natürlich viel kleiner, als sie es dann wäre, wenn man einfach alles, was im Zeitpunkt des Kriegsendes deutsches Eigentum war, als solches betrachtet.

Nun haben die Russen bisher selbst schon grundsätzlich anerkannt, daß sie Vermögen, das durch Gewalt deutsches Vermögen geworden ist, nicht in Anspruch nehmen werden. Die Frage ist nur, wie soll Vermögen behandelt werden, das mit Zwang, durch geistige Einwirkung: Druck, Erpressung oder ähnliches, in das Eigentum von Deutschen übergegangen ist. Es gilt, eine Formel dafür zu finden, was deutsches Eigentum im Sinne der Auffassungen der vier Mächte ist. Eine solche Formel zu finden ist an und für sich nicht leicht, weil ja vom Wortlaut der Formel der Umfang, die Zahl der Betriebe abhängt, die als Reparationsgut in Anspruch genommen werden. Schwer wird aber die Schaffung einer solchen Formel, wenn Staatsmänner miteinander verhandeln, die gewohnt sind, in verschiedenen juristischen Begriffen zu denken.

Gegen Schluß der Verhandlungen in Moskau standen sich nun folgende Formeln gegenüber:

Die amerikanische Formel, der sich auch England angeschlossen hat: Danach ist als deutsches Eigentum anzusehen, was am 8. Mai 1945 im Eigentum des Deutschen Reiches oder deutscher Staatsbürger in Österreich gestanden ist, wenn dieses Eigentum bereits am 12. März 1938 deutsch war oder wenn es nach dem 12. März 1938, nach dem Anschluß, durch die deutsche Regierung oder von deutschen Staatsbürgern ohne Anwendung von Gewalt oder Zwang erworben wurde. Um es nochmals klar zu sagen, die amerikanische Formel sagt also, deutsches Eigentum ist alles das, was beim Anschluß deutsch war und am 8. Mai bei der Befreiung noch immer deutsch gewesen ist; dazu aber noch all das, was Deutsche oder das Deutsche Reich in der Zeit des Anschlusses auf ehrliche, anständige Weise erworben haben, also ohne Anwendung von Gewalt oder Zwang. Wenn sonach eine deutsche Bank oder ein deutsches Unternehmen durch ein normales Geschäft eine Fabrik gekauft hat, so soll sie als deutsches Eigentum gelten. Daraus ergibt sich: die Erwerbungen während des Krieges werden anerkannt, wenn sie ohne Gewalt oder Zwang durchgeführt worden sind.

Die russische Formel spricht demgegenüber aus, daß als deutsches Eigentum das nicht anerkannt werden soll, was durch direkte Gewalt oder entschädigungslos weggenommen worden ist, wobei unter gewissen Umständen des bloßen Zwanges doch noch eine Rückgabe an rechtmäßige Besitzer vorgesehen ist.

Der Unterschied zwischen der amerikanischen und der russischen Formel ist also der, daß nach der letzteren in gewissen Fällen, wo mit mehr oder minder sanftem Zwang Vermögen auf Reichsdeutsche übertragen wurde, solches Vermögen als reichsdeutsch gelten soll und damit für die Reparationsansprüche in Betracht kommt.

Der Unterschied zwischen den beiden Formeln liegt, noch einmal gesagt, darin, daß die amerikanische grundsätzlich das nicht als deutsches Eigentum ansieht, was durch Zwang, also durch geistige Nötigung erworben wurde, im Gegensatz zur Gewalt, die ja körperliche Nötigung ist. Die russische Formel sieht aber vor, daß manche Fälle des Zwanges unberücksichtigt bleiben. Solche Fälle sind beispielsweise folgende: Irgendjemand hat seinen Betrieb in der Anschlußzeit verkaufen müssen, ohne daß man ihm direkt die Pistole an die Brust gesetzt hat und gesagt hätte: du kommst ins KZ. Man hat Mittel des geistigen Zwanges angewendet. Wir alle wissen, daß bei solchen Geschäften der Preis in der Regel tief unter dem wirklichen Wert gewesen ist.

Nun hat man das den Russen vorgeführt, aber die Russen haben in einem bestimmten Zeitpunkt der Verhandlungen erklärt: Verkauf bleibt Verkauf, wenn nicht Gewalt ausgeübt worden ist, denn der Betreffende hat im Grunde ja doch freiwillig verkauft, er hat etwas bekommen, einen Kaufpreis, und es wäre eine Bereicherung für diesen Menschen, wenn man ihm jetzt gestatten würde, seinen alten Besitz an sich zu ziehen und ein zweites Mal zu verkaufen. Das ist der Standpunkt der Russen.

Demgegenüber haben die westlichen Alliierten gesagt: Die Anerkennung des russischen Standpunktes würde bedeuten, daß die Enteignungen, die die Nazi durchgeführt haben, verewigt würden. Sie sagen weiter: Der Sieg der Alliierten kann doch nicht damit enden, daß die Nazifizierungen gerade durch die Alliierten in einem Staatsvertrag endgültig bestätigt, die Raubgeschäfte der Nationalsozialisten sanktioniert werden.

Das schaut alles so ein bißchen abstrakt aus. Alle Verhandelnden denken dabei natürlich an die praktischen Auswirkungen. Und was bedeutet das ins Praktische umgesetzt? In Ziffern bedeutet der Unterschied zwischen der amerikanischen Formel und der russischen Formel etwa folgendes: Würde die russische Formel angenommen werden, dann würden voraussichtlich alle 209 Betriebe, die bisher von den Russen in der östlichen Zone besetzt wurden, von ihnen, behalten werden. Würde aber die amerikanische Formel gelten, dann blieben voraussichtlich nur ungefähr 90 Betriebe in russischem Besitz. Das ist der Unterschied in den Auswirkungen der beiden Formeln. So rechnet es das Ministerium für Planung aus, das alle diese Betriebe verzeichnet hat. Ich weiß, daß die Engländer noch eine andere Rechnung haben.

Aber abgesehen von dem, bestand zwischen den Russen und den westlichen Alliierten noch ein anderer Gegensatz in der Auffassungen. Die amerikanische und englische Auffassung war die, daß das deutsche Eigentum, das den Besitzer wechselt und in das Eigentum eines alliierten Staates übergeht, auch weiterhin den österreichischen Gesetzen vollständig zu unterliegen hat. Demgegenüber stellt Rußland die Forderung auf, daß das ehemals deutsche Eigentum in Österreich, das auf die Alliierten übergeht, für immer keiner Konfiskation, Requisition oder Enteignung unterliegen dürfe.

Rußland verlangt ferner, daß Österreich der Entfernung der Produktionsgewinne aus den in russisches Eigentum übergangenen Betrieben keine Hindernisse in den Weg legen dürfe. Diese letztere Bestimmung ist in Zeiten eines normalen Handels- und Devisenverkehrs sicherlich unbedenklich. In der heutigen Zeit, in der alle Staaten in Europa den Auslands- und Devisenverkehr kontrollieren, wären wir der einzige Staat, dem ein Teil der Produktion oder der dafür eingehende Wert an Devisen oder Valuten nicht zur Verfügung stehen würde.

Die westlichen Alliierten haben erklärt, das russische Begehren hinsichtlich der Ausnahme von der Konfiskation, Requisition und Enteignung und hinsichtlich der Verwendung der Produktionsgewinne würde praktisch bedeuten, daß diese Betriebe exterritorial wären, denn wichtige Bestimmungen der österreichischen Gesetzgebung dürften auf sie nicht zur Anwendung kommen, und — so sagen sie daher auch — ein Land, in dem es eine Reihe solcher Betriebe gibt, ist gar kein selbständiges Land. Wenn man die Sonderstellung, wie sie Rußland verlangt, zugestehen würde, dann wäre Österreich nur zum Schein frei und jede Regierung wäre schließlich nie eine Marionettenregierung.

Das sind die wichtigsten Gegensätze.

Auch die Frage der sogenannten Kompensationen, der Entschädigungen für Vermögensverluste alliierter Staatsbürger während des Krieges in Österreich, ist nicht gelöst worden. Die Forderungen, die in dieser Hinsicht zuerst von den Westmächten an uns gestellt worden sind, waren außerordentlich unangenehm. Sie waren den Verträgen mit den Satellitenstaaten mechanisch entnommen. Gegen Ende der Konferenz wurde es aber klar, daß die Weststaaten, insbesondere England bereit sind, eine für Österreich erträgliche Lösung, die in zukünftigen zweiseitigen Verhandlungen gefunden werden sollte, zu ermöglichen. In diesem Punkt, das muß anerkannt werden, hat Rußland unseren Standpunkt auf das wärmste unterstützt, ebenso auch bei der Frage der Beseitigung der alten Kontrollvorschriften nach der Genfer und Lausanner Anleihe. Ich will also nicht verhehlen, daß in einer Anzahl von Punkten, an denen überhaupt kein russisches Interesse bestanden hat, unser Standpunkt von Rußland nachdrücklich unterstützt worden ist. Der Vertrag scheiterte aber im wesentlichen an der Frage des deutschen Eigentums.

Eine Zeitlang, gerade um den Parteitag der Österreichischen Volkspartei herum, schien es, als ob die Gegensätze in den Formulierungen nicht unüberbrückbar seien. Erinnern Sie sich nur, wie schon am Parteitag der Volkspartei hoffnungsvoll geredet wurde. So ist es wahrscheinlich, daß Dr. Gruber und Dr. Krauland mit dem Gedanken zumindest gespielt haben, den Staatsvertrag sofort dadurch zu bekommen, daß man sich dem letzten russischen Vorschlag anschließt.

Daß dem so ist, dafür gibt es verschiedene Symptome.

Es wurde aber schließlich verlautbart, daß der amerikanische und der englische Außenminister entschlossen waren, die über die amerikanische Formel hinausgehenden russischen Ansprüche abzulehnen, selbst wenn die österreichische Delegation bereit sein sollte, sich mit Rußland zu verständigen. Die Vertreter Englands und Amerikas haben gesagt: Der Abschluß des Staatsvertrages sei in erster Linie Sache der vier Großmächte, zuerst müsse unter diesen Einverständnis herrschen. Und sie sagten weiter: Ihr Standpunkt sei, daß ein Nachgeben gegenüber den russischen Vorschlägen mit dem Gedanken eines freien und unabhängigen Österreichs unvereinbar sei.

Es ist also — nach den Verlautbarungen der Westmächte — die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß Dr. Gruber und Dr. Krausl bereit waren, sich dem russischen Standpunkt anzupassen, und daß sie daran von den beiden Westmächten gehindert wurden.

Der Ausklang der Moskauer Konferenz war dann Beschluß der vier Außenminister, **in Wien eine Sonderkonferenz** tagen zu lassen, die den Versuch unternehmen soll, eine Lösung der Frage des deutschen Eigentums durch Prüfung der Tatsachen an Ort und Stelle vorzubereiten. Man will jetzt die Sache von einer anderen Seite anpacken. Es ist nicht gelungen, eine Formel zu finden, so sagt man sich, vielleicht ist aber eine Einigung möglich, daß man überhaupt nicht eine Formel aufstellt, sondern Betrieb für Betrieb prüft und bei jedem einzelnen Betrieb entscheidet, ob er als Reparationsgut in Frage kommt oder nicht. Hat man dann eine solche Liste von Betrieben, dann braucht man sich um die Formel nicht zu streiten. Das ist der Sinn dieser Sonderkonferenz, die jetzt am 12. Mai in Österreich zusammentreten soll.

Die Moskauer Verhandlungen haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, wie wenig wir selbst über unsere Zukunft gefragt werden und wie sehr alle anderen in der Welt sich für unsere Zukunft verantwortlich fühlen. Aber die Moskauer Konferenz hat ja auch damit geendet oder schon damit angefangen, daß eine gewisse Mitschuld Österreichs am Krieg festgestellt wurde. Wir sind aus der ursprünglichen Position, in der wir uns als schuldloser Staat zu befinden vermeinten, in die Reihe der Halbschuldigen herabgesunken. In die Zeit der Moskauer Verhandlungen ist auch die bekannte Erklärung des amerikanischen Präsidenten gefallen, die Versteifung der Beziehungen zwischen Rußland und Amerika zur Folge hatte. Es darf bei all diesen Schwierigkeiten nicht übersehen werden, daß Österreich ja nicht das einzige Problem war, über das dort verhandelt wurde, sondern daß sich die österreichische Frage als ein Teilproblem der Beziehungen der Alliierten und vor allem ihrer Auseinandersetzung über Deutschland darstellte.

Morgen wird Dr. Gruber im Nationalrat über den Staatsvertrag berichten und am 12. Mai wird die Sonderkommission die Tätigkeit aufnehmen. Die Außenminister haben bei Schluß der Moskauer Konferenz die Ansicht geäußert, daß dann, wenn in Wien nach fünf oder sechs Wochen — für so lange sind ja die Verhandlungen in Aussicht genommen — eine Einigung erzielt wird, der Vertrag auf einer Tagung im September oder November erledigt werden könnte. Die Befreiung Österreichs, der Abzug der Besatzungstruppen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen und vieles andere sind damit weiter hinausgeschoben, und aus der Tatsache, daß sich der Zustand zwischen Befreiung und Freiheit so unvorhergesehen verlängert, wird unsere Konferenz für unsere Partei und für die Aktionen der Partei Schlüsse zu ziehen haben.

Nun habe ich die Probleme, wie sie sich in Moskau dargestellt haben, dargelegt. Wir müssen aber auch in Betracht ziehen, wie sich die einzelnen Parteien dazu verhalten.

Die kommunistische Presse, die „Volksstimme“ vom 23. April 1947, und die Kommunistische Partei in Österreich sind nach dem Scheitern der Moskauer Verhandlungen sofort mit der Erklärung bei der Hand gewesen, daß für die völlige Unnachgiebigkeit Amerikas und Englands eindeutig die Ölinteressen dieser Länder entscheidend waren und daß vor allem die amerikanische Politik zum Ziel hat, Österreich zu einem Stützpunkt des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus zu machen. Mit diesen Behauptungen müssen wir uns auseinandersetzen. Was spricht dafür und was dagegen!

Die österreichischen Kommunisten belieben zu übersehen, daß die Frage des deutschen Eigentums nicht nur etwas ist, was die russische Zone allein angeht. In ganz Österreich können nach der ungünstigsten Formel über das deutsche Eigentum 850 Betriebe als deutsche Betriebe angesehen werden, Nach der russischen Formel würden 850 Betriebe in ganz Österreich als deutsche Betriebe für Reparationen in Frage kommen. Nur weniger als ein Viertel davon, nämlich 209, liegen in der russischen Zone. Die drei westlichen Alliierten haben auf mehr als drei Viertel der deutschen Betriebe Anspruch. Wenn nun die westlichen Alliierten für eine Formel kämpfen, wonach die Zahl der als deutsch angesehenen Betriebe vermindert wird, so kämpfen sie für eine Herabsetzung ihrer eigenen Ansprüche. Unter dem, was in den westlichen oder südlichen Zonen als deutsches Eigentum angesehen werden kann, sind außerordentlich große und sehr lebenswichtige Betriebe.

Nach der amerikanischen Formel würden in der östlichen Zone von 209 Betrieben bloß etwa 90 zur Übergabe an Rußland in Betracht kommen. Würde die amerikanische Formel in den übrigen Zonen zur Anwendung kommen, so ist es klar, daß nicht 850, sondern nur ein Bruchteil davon an die Alliierten ausgeliefert werden müßte. Wenn also die westlichen Alliierten — die Amerikaner Engländer und Franzosen — für die sogenannte amerikanische Formel eintreten, so setzen sie zugleich die eigenen Ansprüche herab. Das, glaube ich, spricht gegen die kommunistischen Behauptungen über die Absichten der Westmächte. England und Amerika scheinen von diesem Standpunkt aus in ihrer Politik nicht eigensüchtig zu sein.

Nun sagen die Kommunisten weiter, wie am 9. Juni 1946 in der „Volksstimme“ zu lesen war:

„Deutsche Betriebe werden für Österreich arbeiten. Die Unternehmungen, die in das Eigentum der Russen übergehen, bleiben in Österreich. Sie werden auf derselben Rechtsgrundlage arbeiten wie alle übrigen Unternehmungen in Österreich. Sie werden österreichischen Arbeitern und Technikern Beschäftigung geben und werden den Mangel in Österreich beheben helfen.“

Später haben die Kommunisten erklärt: „Was liegt schon dem österreichischen Volk daran, wer der Eigentümer dieser Betriebe ist, wenn sie nur ein Bestandteil der österreichischen Wirtschaft bleiben?“

Aber gerade das würde nicht eintreten, wenn der russische Standpunkt über die Regelung des ehemals deutschen Eigentums Recht würde, denn dann würden sie ja zu einem Teil aus der österreichischen Wirtschaft herausfallen. Ich muß mir nun eingestehen: Wenn die westlichen Alliierten nur im Kopf hätten, in Österreich Stützpunkte für ihre imperialistische Wirtschaftspolitik zu erlangen, dann müßten sie mit allen Händen nach der russischen Formel greifen, weil es selbstverständlich ist, daß für die westlichen Alliierten dasselbe gelten muß wie für den östlichen.

Nun wird immer besonders von **Zistersdorf** gesprochen. Betrachten wir im besonderen die Verhältnisse in Zistersdorf:

Nicht alle Anlagen in Zistersdorf sind als deutsches Eigentum zu betrachten. Hinsichtlich einiger, die früher einmal englisch oder amerikanisch waren, besteht ein Streit. Überlegen wir uns aber einmal, was die ganze Geschichte, der ganze Kram in Zistersdorf wert ist. Unter Benützung der Protokolle und der Tatbestände, die unter Mitwirkung des russischen Elementes aufgenommen worden sind, hat man errechnet, daß das, was die Russen in Zistersdorf in Anspruch nehmen, im Jahre 1937 einen Schätzwert von 28 Millionen Schilling hatte. Diese Anlagen können heute, unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse und der schwer möglichen Nachschaffung von Maschinen, auf 28 bis 30 Millionen Schilling geschätzt werden. Ich weiß, daß vor eineinhalb Jahren eine Schätzung vorgenommen wurde, die einen Betrag von 12 bis 13 Millionen Dollar ergeben hat, also eine Schätzung, die bedeutend höher ist. Es gibt heute aber auch Leute, die sogar von 25 bis 30 Millionen Dollar Wert für Zistersdorf reden. Ich aber frage mich: Ist es wahrscheinlich, daß Anlagen im Werte von 12, 13, ja 15 Millionen Dollar der Grund sein könnten, daß Amerika oder England darauf eine kapitalistische, imperialistische Stützpunktpolitik gründet? Vergessen wir folgendes nicht: Innerhalb derselben Zeit, in der man England und Amerika vorwirft, sich Stützpunkte verschaffen zu wollen, hat Österreich durch die UNRRA, also im wesentlichen ebenfalls aus Mitteln der Amerikaner und Engländer, Waren im den Betrag von 137 Millionen Dollar unentgeltlich erhalten. Wenn Amerika und

England bei einer Sache wie Zistersdorf mit 13 Millionen Dollar eigensinnig sind, so kann ich es doch nicht wahrscheinlich finden, daß dahinter eine besonders eigensüchtige Politik steckt, wo doch gleichzeitig Amerika mit der anderen Hand das Zehnfache für Österreich spendiert. Man muß doch auch die Sache wirklich sehen, wie sie ist. Eine Politik, die sich bei der ganzen Angelegenheit als ein Verlustgeschäft erweist, kann offenkundig nicht die von den Kommunisten behaupteten grob materiellen Ziele verfolgen. Vergessen wir nicht, daß die UNRRA, die uns hilft, Gebiete, die im russischen Bereich liegen, ähnlich unterstützt hat.

Ferner ist noch eines zu beachten: Wollten die Amerikaner oder die Engländer die ihnen zufallenden Unternehmungen zu imperialistischen Stützpunkten ausbauen, dann müßten ja gerade sie dafür sein, daß man ihnen diese Rechte einer Halb- oder Viertelexterritorialität, wie sie angeblich die Russen wünschen, auch gibt, und dann hätten sie, wie in Oberösterreich oder in der Steiermark oder auch bei den Elektrizitätswerken im Westen, die entscheidenden wirtschaftlichen Stützpunkte dieser Länder in der Hand.

Aber da ist noch etwas zu sagen: Nach unserem Verstaatlichungsgesetz sollen die Ölquellen verstaatlicht werden. Würden die Amerikaner mit ihrer Auslegung des deutschen Eigentums und mit ihrer Forderung siegen, daß nämlich die Betriebe ausländischer Staaten in Österreich keine Sonderstellung erhalten dürfen, so würden selbst dann, wenn der amerikanische und englische Anspruch auf Teile der Zistersdorfer Quellen anerkannt wird, diese Ölunternehmungen dem österreichischen Staat zur Verstaatlichung freistehen. Bitte, habe ich mich da deutlich genug ausgedrückt? (Zustimmung.) Die Russen verlangen, daß diese Betriebe von der Verstaatlichung ausgenommen werden. Die Engländer und Amerikaner aber, denen man immer Imperialismus vorwirft, sagen: Wir haben gar nichts dagegen, daß diese Betriebe von Österreich verstaatlicht werden.

Würde der Standpunkt der Weststaaten so sein, wie ihn die Kommunisten darstellen, dann müßten jene in jeder Hinsicht für die russische Formel sein.

Sie werden also jetzt, Genossen und Genossinnen, die Frage aufwerfen: Warum verlangen die Russen das und warum verlangen die Kommunisten auch das? Ich will von vornherein erklären, daß es keinem Menschen einfallen kann, die Opfer zu unterschätzen, die Rußland in der Niederringung Hitlers gebracht hat, Opfer an Blut und Gut. Nachdem, was Völkerrecht ist, hat Rußland einen moralischen Anspruch auf Wiedergutmachung. Ich will weiter erklären, daß es Österreich im besonderen nie vergessen darf, daß seine Befreiung nur durch den Vormarsch der russischen Armee ermöglicht worden ist. Weder ich noch sonst ein Mensch kann es einem russischen Offizier oder einem sonstigen russischen Funktionär verdenken, wenn er im Interesse seines geschädigten Vaterlandes tut, was in seinen Kräften steht, um einen möglichst hohen Beitrag zum Wiederaufbau Rußlands sicherzustellen.

Ich will aber weitergehen. Ich weiß, daß Rußland nach diesem Krieg von einem außerordentlich tiefen Mißtrauen gegen die übrige Welt erfüllt ist und daß Rußland Besorgnisse hat, daß Österreich doch zu einem Stützpunkt gegen Rußland werden könnte. Daher beobachten die Russen — solange ihre Besorgnisse nicht endgültig zerstreut sind — alle Vorgänge bei uns mit starkem Interesse und Mißtrauen. — Es ist selbstverständlich, daß jeder Russe die Interessen seines Vaterlandes vertritt. Das ist seine patriotische Pflicht. Aber ich glaube, Genossen und Genossinnen, denselben Patriotismus, den wir den Russen zubilligen, dürfen auch wir haben! (Lebhafter Beifall.) Ich halte es für die Pflicht eines jeden, der in Österreich für das Volk oder im Auftrage des Volkes zu wirken berufen ist, mit allen Kräften in erster Linie die Interessen unseres Volkes zu wahren. (Beifall.) Die Russen vertreten die Interessen ihres Vaterlandes uns gegenüber aus ihrem Patriotismus heraus. Jetzt frage ich mich: Was tun die Kommunisten und warum tun sie es?

Die kommunistische Zeitung in Wien identifiziert sich den Zielen, die sie selbst dem russischen Staat in Österreich zuschreibt, und sie bemerkt dazu am 29. August 1946: „Für Österreich ist es ganz gleichgültig, ob die Aktien der Zistersdorfer Erdölquellen oder der AEG in den Tresors der russischen Staatsbank oder in den Safes der Rockefellers liegen.“

Wir haben aber gesehen, es ist nicht gleichgültig: der eine respektiert unsere Verstaatlichungsgesetze, der

eine anerkennt, daß die Produkte der österreichischen Bewirtschaftung unterliegen, der andere nicht.

Gerade sensationell ist aber der feierliche Brief der vier kommunistischen Abgeordneten an den Handelsminister, der in der „Volksstimme“ vom 22. März 1946 abgedruckt ist. Es heißt darin: „Diese Erdölquellen sind nach den Potsdamer Beschlüssen als ehemaliges deutsches Eigentum fast zur Gänze in den Besitz der Sowjetunion übergegangen.“ Immer wieder, im allgemeinen und bei besonderen Fragen, unterwirft sich die kommunistische Presse und die Kommunistische Partei Österreichs vollständig und unbedingt dem russischen Standpunkt. Man kann nun die Frage aufwerfen: Muß das so sein? Verlangt es kommunistische Gesinnung, daß österreichische Kommunisten in Lebensfragen Österreichs unbesehen den russischen Standpunkt gegenüber dem eigenen Land vertreten? Ist das wirklich ein Erfordernis kommunistischer Gesinnung? Ich selber bin ja nicht Kommunist und ich kann nicht als solcher antworten —, ich weiß aber, Genossinnen und Genossen, was Kommunisten in anderen Ländern in ähnlichen Fällen getan haben. Auf Grund der Potsdamer Beschlüsse ist ja auf deutsches Eigentum nicht nur in Ostösterreich, sondern auch in Finnland, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien und Bulgarien Anspruch erhoben worden. Wie haben sich die Kommunisten in den anderen Ländern verhalten? In derselben Nummer der „Volksstimme“ vom 28. Juli 1946, in der die Kommunisten dagegen Stellung nehmen, daß durch das österreichische Verstaatlichungsgesetz auch Betriebe erfaßt werden sollen, die von den Russen beansprucht werden, wird unter Riesenlettern berichtet: „Sowjetunion verzichtet auf deutsche Betriebe in der Tschechoslowakei!“ Mit Genugtuung berichtet das Blatt, daß es dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Gottwald — einem Kommunisten — gelungen sei, bei seinen Verhandlungen in Rußland dieses günstige Ergebnis zu erzielen. Ja, wenn Gottwald, ebenso wie Koplenig, Honner, Fischer und Elser, sich von vornherein dem russischen Standpunkt unterworfen hätte, wäre er nie auf die Idee gekommen, so zu handeln und jenes Ergebnis für möglich zu halten, das er dann wirklich erzielt hat.

Wir wissen, daß in Finnland, wo es ebenfalls Kommunisten gibt, zwischen dem Staat und Rußland ein Abkommen getroffen wurde, wonach das deutsche Eigentum an den finnischen Staat verkauft wurde. Eine Lösung, die zweifellos auch für uns eine glückliche Lösung wäre. In Polen gab es auch deutsches Eigentum. Und, Genossen und Genossinnen, was kam heraus? Rußland — hat sich mit Polen geeinigt und einen Vertrag über Kohlenlieferungen abgeschlossen.

Wir sehen also, daß die Kommunisten nicht überall so sind wie bei uns.

Ich meine, daß eine Lösung der wichtigen Frage des deutschen Eigentums darin gefunden werden könnte, daß man, wie es auch von uns vorgeschlagen ist, das deutsche Eigentum in Österreich verstaatlicht und dazu die Verpflichtung übernimmt — eben zur Beseitigung des russischen Mißtrauens —, daß dieses verstaatlichte deutsche Eigentum nie wieder an Ausländer oder Strohänner solcher weiterverkauft werden darf.

Sie sehen, es gehört offenbar nicht zu den Grundsätzen der kommunistischen Gesinnung, einen Anspruch oder Wunsch des russischen Staates, so wie er in der ersten Minute formuliert wird unbesehen hinzunehmen und dem eigenen Volk gegenüber zu vertreten. Dies tun, soweit wir bisher gesehen haben, unter den kommunistischen Parteien am Rande Rußlands allein die österreichischen Kommunisten!

Warum tun sie das? Ich glaube, die Erklärung dafür ist ganz einfach: Die österreichischen Kommunisten sind schwach, so schwach, daß sie Vertrauen in ihre eigene Kraft gar nicht besitzen. Ihre Vorstellung ist offenkundig die, daß sie selbst hier im Lande keine Zukunft haben, wenn nicht die Russen hier Betriebe führen und damit ihrer Partei eine Stütze geben. (Zustimmung.) Aus diesem Grund, Genossinnen und Genossen, werden die Kommunisten in dem Land alles tun, um das Mißtrauen Rußlands gegen uns zu fördern und zu vergrößern. Das, glaube ich, ist der Kern der Sache.

An der gestrigen Demonstration haben wir gesehen, was Russenbetriebe dauernd in einem Staate bedeuten können. (Leibhafte Zustimmung.) Weil die österreichischen Kommunisten wegen ihrer Stellung zu den Lebensfragen Österreichs ein so schlechtes Gewissen haben, ist es verständlich, daß sie in der Zeit, da der Staatsvertrag zur Verhandlung steht, von allen anderen lieber reden und alles tun, um die Aufmerksamkeit abzulenken. Ich weiß, ein sogenannter prominenter Kommunist hat gesagt, jede Rede Molotows über

Österreich koste sie 10.000 Stimmen. Das ist sicher eine Übertreibung, denn soviel 10.000 Stimmen können sie gar nicht verlieren.

Aber es zeigt schon, wie groß ihre Verlegenheit darüber ist, daß das österreichische Volk ihre „österreichische“ Politik durchschaut und dahinterkommt, wie hohl, gedankenlos und selbstsüchtig die Politik der österreichischen Kommunisten ist. Daher werden immer **Ablenkungsmanöver** inszeniert. Angefangen hat es mit der Enthüllung auf dem Grazer Landesparteitag der Kommunisten, wo der Welt mitgeteilt worden ist, in Österreich gäbe es ein Komplott, eine Verschwörung, hinter die nur der gescheite kommunistische Abgeordnete gekommen ist. Zwischen wenigen Männern, den Spitzenfunktionären der Sozialistischen Partei und den führenden Funktionären der ÖVP, sei es zu einem internen Pakt, zu geheimen Vereinbarungen gekommen. Es heißt da: „Wir spüren jetzt auf Schritt und Tritt in jedem Ausschuß des Parlamentes, wie plötzlich die Schriftzeichen dieses Geheimvertrages zu Leben erwachen... Aber diesen Geheimvertrag kennen in der sozialistischen Parteileitung (also selbst in der Parteileitung!) nur sehr wenige Leute und die Masse der sozialistischen Funktionäre und Mandatäre weiß gar nicht, was da vereinbart worden ist. Wir haben im Hintergrund der österreichischen Politik ein Komplott, eine Verschwörung.“

Unser Parteivorstand weiß davon nichts, der kommunistische Abgeordnete aber hat es entdeckt und in jedem Ausschuß des Parlamentes tauchen sogar die Schriftzeichen auf, und er weiß auch, was in diesem Geheimvertrag steht. Nicht wahr?

Am meisten hat sich der kommunistische Redner auf dem steirischen Landesparteitag darüber aufgeregt, daß sich auf Grund dieses Geheimpaktes die Sozialisten von der Volkspartei das alte sozialdemokratische Vermögen „zuschancen“ hätten lassen. (Heiterkeit.)

Genossen! Was soll man dazu sagen? In den Bergbaubetrieben ist es üblich, daß die Bergleute als Belohnung nach langjähriger Dienstzeit ein Treuegeld bekommen. Die kommunistischen Mitglieder des Zentralkomitees, die unsere Partei in der Stunde der Not und der Gefahr verlassen haben, stellen sich offenbar vor, daß wir ihnen einen Ausstattungsbeitrag oder ein Einstandsgeld in die Kommunistische Partei mitgeben. Sie haben bis jetzt mit dem Gedanken gespielt, daß über das Vermögen der alten Sozialdemokratischen Partei, die sie verlassen haben, zwischen ihnen und uns gewürfelt wird. (Ruf: Erbschleicher!)

Die Kommunisten behaupten — auch das ist eines der üblichen Ablenkungsmanöver —, daß wir eine undemokratische Verfassung hätten. Die Kommunisten haben Juristen und Schriftsteller. Jeder von ihnen hat diese Behauptung schon im Mund gehabt, aber keiner konnte bisher angeben, welche Bestimmungen unserer Verfassung er für undemokratisch hält. Sie behaupten es bloß; zur Verwirklichung der wahren Demokratie verlangen sie jetzt in den Versammlungen, in den Zeitungen, durch Demonstrationen und Deputationen, von den Plakatwänden herab und am 1. Mai auch aus Kindermund, die Durchführung von Neuwahlen, damit sich die wahre Stimmung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften widerspiegeln kann.

Genossinnen und Genossen! Auf die Gefahr, daß ich wieder einmal, ich weiß nicht, zum wievielten Male, als reaktionär und antidemokratisch hingestellt werde, frage ich die Kommunisten, warum sie dort, wo es auf sie ankommt, nicht dafür sorgen, daß der wahre Volkswille seinen Ausdruck findet! (Lebhafter Beifall.) In Niederösterreich haben die Kommunisten 32 Bürgermeisterposten besetzt, auf die sie keinen Schein eines Anspruches erheben können. In der Stadt St. Pölten haben bei den letzten Wahlen 10.434 Leute sozialistisch gewählt, die Volkspartei hat 6954 Stimmen erlangt und die Kommunistische Partei 2659. Bloß 13 Prozent der Wähler haben kommunistisch gewählt, aber den Bürgermeisterposten lassen sie uns nicht! Wenn die österreichische Kommunistische Partei von Demokratie redet, dann gebe sie zuerst überall die Mandate heran, die nach dem Willen des Volkes uns zufallen sollen! (Lebhafte Zustimmung.)

In Niederösterreich gibt es zwei Landtagsabgeordnete der Kommunistischen Partei; sie haben natürlich keinen Anspruch auf ein Landesratsmandat. Aber es mußte ein Gesetz gemacht werden, wonach der eine von den beiden Landesrat wurde.

In Kärnten wurde kürzlich die Neuwahl des Landeshauptmannes notwendig. Unsere Partei hat von den derzeitigen 35 Mandaten 18 inne. Kein Zweifel, unserer Partei gebührt der Landeshauptmann. Die KPÖ hat dort drei Mandate. Die Landesregierung besteht aus sieben Mitgliedern, vier von uns und drei von der ÖVP. Die drei Kärntner Kommunisten haben erklärt, daß sie ein Landesratsmandat verlangen und daß sie nur dann für den sozialistischen Landeshauptmann stimmen, wenn sie einen Sitz in der Landesregierung bekommen. Weil das nicht geschehen ist, haben sie nicht für ihn gestimmt.

Die Forderung der KP Österreichs nach dem, was sie Demokratisierung nennt, ist ohne Ernst. Wo sie besondere Unterstützung einer Besatzungsmacht zu genießen glaubt, pfeift sie auf den Volkswillen. Ihre Forderung nach Neuwahlen ist ebenso unsachlich und unernst und nur zu Ablenkungsmanövern aufgestellt, wie andere Dinge ebenso. Die Kommunisten wissen, wenn sie Neuwahlen fordern, müßte zuerst ein Wahlgesetz gemacht werden, das in der Regierung, und im Nationalrat beschlossen werden müßte, dann einen Monat lang von den Alliierten beraten würde, und daß die Durchführung der Wahlen erst zwei Monate später erfolgen könnte. Wenn sie also die sofortige Durchführung von Neuwahlen fordern, wissen sie genau so wie ich, daß es mindestens vier, fünf oder sechs Monate bis zu den Wahlen dauern würde, wenn man sie ordentlich durchführt.

Es liegt daher auf der Hand, daß diese Forderung gar nicht ernst gemeint ist. Man kann sich aber auch vorstellen, die Kommunisten hätten es gerne, daß ein Wahlgesetz zustande kommt, das nicht von uns allein geschaffen wird, sondern au' dessen Inhalt die Alliierten einen bestimmenden Einfluß üben.

Die gestrige Demonstration ist ja auch wieder ein Musterbeispiel dieser Ablenkungspolitik gewesen. Die Leute dieser Deputation kamen, sie redeten zuerst von Erdäpfeln, und nach fünf Minuten haben die Kommunisten im Bundeskanzleramt selbst erklärt, es liege ihnen nichts an den Erdäpfeln, sondern die eigentlichen Fragen, derentwegen sie erschienen wären, seien die politischen Fragen, nämlich: 1. die Ostorientierung, 2. Neuwahlen, 3. sofortiger Rücktritt der Regierung.

Genossinnen und Genossen! Ich bin schon ein wenig zu lang geworden, ich werde mich kürzer fassen.

Nun zur Österreichischen Volkspartei. Was sich die Österreichische Volkspartei vom Staatsvertrag erwartet hat, darüber haben wir bereits gesprochen. Über den Parteitag der Volkspartei will ich nicht viel reden. Es ist sicher manches dort bemerkenswert gewesen. Das Bestreben der Volkspartei, jetzt endlich eine einheitliche Partei zu werden und einen Inhalt zu gewinnen, ist, wie ich glaube, etwas sehr Beachtenswertes. Auffallend war, daß sich alles Wesentliche hinter verschlossenen Türen abgespielt hat. Aber im großen und ganzen besteht ja die Österreichische Volkspartei, abgesehen von den jugendlichen Anhängern, die noch keine politische Vergangenheit haben können, aus den gewesenen Christlichsozialen und Heimwehrleuten. Es ist unverkennbar, sie fällt immer wieder in ihre christlichsoziale Vergangenheit zurück.

Trotzdem ist jedoch das Bestreben, aus der Vergangenheit irgendwie herauszukommen, nicht zu verkennen, ebenso ein Ringen nach neuen geistigen Werten. Dazu gehört vor allem ihre Sehnsucht, nicht vereinsamt dazustehen, sondern als ein Mitglied einer Familie von großen Parteien, die in anderen Ländern mächtig sind. Die ausländischen Delegierten zum Parteitag der Volkspartei haben aber versagt, es sind nur wenige gekommen. Die Volkspartei sucht wieder geistigen Anschluß und Sympathie in der ganzen Welt zu gewinnen. Wie schwer das für sie ist und zu welch komischen Ergebnissen sie bei ihrer geistigen Neuorientierung kommt, dazu nur einige Beispiele:

Im Jahre 1945 während der Wahlbewegung hat die Volkspartei erklärt, sie sei eigentlich eine Schwesterpartei der britischen Arbeiterpartei. Diese hat dann deutlich abgewinkt. Später hat die Volkspartei erklärt, die konservative Partei, also das Gegenteil von der Labour Party, ist ihre Schwesterpartei. Aber acht Tage, bevor der Parteitag der Volkspartei stattgefunden hat, hat in England eine internationale Konferenz der Liberalen, also der dritten Partei in England, stattgefunden. Diese Liberalen haben die Gründung einer Liberalen Internationale mit einem Sekretariat beschlossen und dazu ein liberales Manifest als Grundlage der Politik und Geisteshaltung. Auf diesem Weltkongreß der Liberalen ist aus Österreich der Wiener Gemeinderat Dr. Robetschek als Vertreter der Österreichischen Volkspartei erschienen. Die ÖVP, die diesen Abgesandten zum liberalen Weltkongreß als eine der zugehörigen „liberalen“ Parteien entsendet hat, hat

eine Woche später anlässlich des Parteitages in Wien einen Gedächtnisgang zum Denkmal des österreichischen Todfeindes des Liberalismus unternommen, des Antisemiten Dr. Karl Lueger, von dem Hitler wieder sagt, daß er einer seiner geistigen Väter sei.

Unter Hinweis auf diesen Gedächtnisgang zum Denkmal Luegers, der eine Deklaration der Partei sei, wurde auf dem Parteitag der Volkspartei erklärt: Jetzt wissen wir's, wie der Charakter unserer Partei aussieht. „Die Frage nach dem Sinn der Partei ist damit sehr einfach gelöst“, nämlich durch den Gang zum Denkmal Luegers! (Heiterkeit.) Die Sache schaut für die oberen Herren in der Volkspartei sehr einfach aus. Man hat Wähler und Mitglieder, aber man beschränkt sich darauf, ein allgemeines Ziel aufzustellen, gegen das niemand einen Einwand erheben kann, ungefähr so, als ob es die Zehn Gebote Gotte wären.

Schließlich ist man zu folgender Definition des Programms gekommen: „Die Zusammenarbeit aller, die guten Willens sind und die dieses Österreich wollen. Wir haben für unser politisches Gesamtprogramm den Ausdruck Solidarismus gewählt.“ Also „Solidarismus“. Wenn man aber zu einer Umschreibung des Inhaltes des Solidarismus kommen will, zur Erklärung dessen, was man darunter verstehen soll, so bleibt man immer bei allgemeinen Phrasen hängen. Praktisch wird sich die Volkspartei kaum an den Solidarismus und an das Programm halten, und praktisch wird sie nie eine wahre Einheit sein. Gerade in der Zeit, in der sie den Parteitag abgehalten hat, haben wir es erlebt, daß in der Regierung ein Minister der Volkspartei irgendein Währungsgesetz ausgearbeitet hat und die Abgeordneten sind hinausgegangen und haben den Wählern aufreizend erklärt: Wir haben einen Anschlag gegen die Sparer abgewehrt

Das ist also **die Aktionseinheit der Volkspartei**. Sie ist, glaube ich, nach dem Parteitag innerlich nicht gefestigter, als sie es vorher gewesen ist, sie ist eine Vereinigung aller Wähler, die nicht sozialistisch sein können oder sein wollen, sie ist daher im Beharren stark und beim Vorwärts langsam.

Eine zweite Sache, wo sich der Solidarismus betätigen könnte, wäre die Aufbringung der Lebensmittel. Wir sehen wie schwer das den Chefs der Partei des Solidarismus wird. Interessant für den Zusammenhalt der Partei ist es auch, einmal die „Österreichische Wirtschaft“ zu lesen. Die Partei besteht aus drei Bündeln. Das Organ des Österreichischen Wirtschaftsbundes liest sich fast wie ein kommunistisches Organ; es werden darin Dr. Heigl und andere Volksparteiminister so angeschossen, daß man glauben mußte, das Blatt sei ein Oppositionsorgan.

Genossinnen und Genossen! Ich habe mich bei der Betrachtung der politischen Lage, in der wir uns jetzt nach dem vorläufigen Fehlschlagen der Moskauer Verhandlungen befinden, bemüht, etwas über die Stellung der beiden Parteien zum Staatsvertrag zu sagen, denn ich glaube, wir können unsere Entschlüsse nicht fassen, ohne auch die Motive der anderen bei ihren Handlungen kennenzulernen.

Abschließend möchte ich sagen: Gegenüber dem Standpunkt der Volkspartei und dem der Kommunisten zum Staatsvertrag kann unsere Politik nur die sein — die wir immer eingehalten haben —, weder eine Unterwerfung unter die eine Mächtegruppe noch eine Einordnung in die andere. Wir am Schnittpunkt zweier großer Interessensphären können als selbständiger Staat nur bestehen, wenn wir eine Politik betreiben, die uns nicht an eine der großen Mächte bindet, denn sonst könnten wir zu leicht ein Opfer werden. Ebenso ist es aber unmöglich, eine Schaukelpolitik zu betreiben, zu glauben, daß wir stark genug wären, den einen gegen den anderen auszuspielen. Wer das glaubt, der überschätzt unsere Möglichkeiten.

Wir können so wie andere kleine Staaten in Europa nur eine Politik des eigenen Interesses, der Selbständigkeit und Freiheit des Landes führen. Weder eine Politik, wie sie die Kommunisten wollen, nämlich bedingungslose Unterwerfung unter russische Interessen oder was sie für russische Interessen halten, noch eine Politik, wie sie die Volkspartei macht: sich einerseits auf Amerika zu verlassen, andererseits unter Umständen auch etwas anderes zu wollen.

Eine zweite Sache, die ich für wichtig halte: Wir müssen eine solche Politik betreiben, die uns frei von jedem Mißtrauen sowohl des Westblocks wie des Ostblocks hält. Eine Politik, die das russische Mißtrauen hervorrufen würde, würde bei der Nachbarschaft dieses großen Staates für uns zu dauernden Verlegenheiten und wahrscheinlich zum Unglück führen.

Wie soll das russische Mißtrauen, das gegen Österreich besteht, beseitigt werden? Vor allem bin ich der Meinung, dadurch, daß wir uns offen zu einer Wirtschaftspolitik bekennen, die die Bindung oder Auslieferung großer Unternehmungen oder von nationalen Bodenschätzen an irgendeine Kräftegruppe vermeidet. Ich glaube, daß wir zu einer solchen Politik die moralische Eignung haben, weil uns niemand zumuten wird, daß wir eine Politik im Interesse irgendwelcher kapitalistischer Konzerne führen. Ich glaube, daß eine Politik, die dahin geht, gerade die Verstaatlichungsaktion auch auf deutsche Betriebe zu erstrecken, geeignet wäre, das Misstrauen auf allen Seiten zum Verschwinden zu bringen. (Zustimmung)

Ich glaube, sosehr wir Rußland für die Befreiung danken so müssen wir auch anerkennen, daß England und Amerika uns nicht nur in den letzten zwei Jahren, sondern überhaupt — vielleicht gegen den Willen unserer Unterhändler — bei den Verhandlungen über den Staatsvertrag wesentlich unterstützt und dabei ihre Unterstützung in einer Art und Weise durchgeführt haben, daß ihre eigenen Interessen dabei nicht in den Vordergrund gerückt wurden. Ich glaube, auch das müssen wir anerkennen. Der Dank für alle diese Umstände allen Mächten gegenüber, die sich um uns verdient gemacht haben, wird lange in der Erinnerung des österreichischen Volkes haften.

Unter den gegebenen Umständen glauben wir, muß im Interesse des Landes eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, die, unabhängig vom Zustandekommen des Staatsvertrages, das sich vielleicht hinausziehen wird, verwirklicht werden müssen. Es hat sich gezeigt, daß die Weltmächte über vieles von dem, was der Staatsvertrag über Österreich bestimmen wird, bereits Übereinstimmung erzielt haben. Die ausständigen Punkte sind im wesentlichen der Streit um das deutsche Eigentum in Österreich, ein Streit um Vermögen, das hier in Anspruch genommen wird. Aber selbst englische und amerikanische Zeitungen schreiben, daß es nicht mehr zu verantworten ist, wenn man von Österreich ohnedies nur mehr Vermögenswerte erwartet, dieses Land deshalb weiter in seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu hemmen, es unter Besetzung zu halten und seine Gesetzgebung zu binden.

Genossen und Genossinnen! Ich glaube, unsere Partei kann sich mit Recht dazu berufen fühlen, den Kampf um die Verbesserung unserer Lage aufzunehmen. Wir werden trotz des Rückschlages nicht verzagen. Der Ablauf der letzten Jahre, das erschütternde Erlebnis des Krieges hat uns allen doch gezeigt, daß Recht und Menschlichkeit in der ganzen Welt gesiegt haben und daß unsere Ideen im Vormarsch in der Welt sind.

Morgen wird der Nationalrat den Bericht des Außenministers über die Verhandlungen in Moskau beraten. Noch wichtiger für uns ist es, in unserem Bereich und für unsere Tätigkeit jene Entschließungen zu fassen, die der Lage des Landes entsprechen. (Starker Beifall und Händeklatschen.)